

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 48 (1969)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Die unheilige Allianz  
**Autor:** Mahn, Christina  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-338129>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.05.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## **Die unheilige Allianz**

Die Geschichte wird vielleicht einmal der Regierung der Grossen Koalition den Vorwurf machen, es nicht geschafft zu haben, die National-DEMOKRATISCHE Partei verbieten zu lassen als eine dem Grundgesetz zuwiderhandelnde Nachfolgeorganisation der NSDAP.

Nach einem Gerichtsbeschluss in einem Verfahren, das die NPD gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund eingeleitet hatte, darf man Thaddens Organisation als Nachfolgerin der NSDAP und als undemokratisch bezeichnen. Doch selbst die Entscheidung aus Hannover, die durch die Presse aller Länder ging und positiv bewertet wurde, reichte nicht aus, die Initiative von Innenminister Benda (CDU) zu unterstützen, der Materialschranke sammelte, die Belastungsmaterial gegen die NPD beinhalten. Der Grund, keine rigorosen Schritte gegen den «Verein», den ein Mann mit dem in bestimmten Kreisen vertrauten Namen Adolf führt, zu unternehmen, liegt bei der CDU/CSU auf der Hand: Sie muss jetzt im Bundestagswahlkampf den Dank dafür abstatten, dass die über ihre Abgeordneten in Länderparlamenten auch bei der Wahl des Bundespräsidenten vertretene NPD ihren Kandidaten für das höchste Amt im Staate, Verteidigungsminister Gerhard Schröder, unterstützte. Dass sich die Union diese Stimmen «gefallen» liess, auch darüber wird eines Tages die Geschichte mit der nötigen Distanz urteilen. Wir finden sie heute geschmacklos.

Die Haltung der Sozialdemokraten ist nicht so leicht durchschaubar. Sie ist eigentlich so verworren, dass sie auf jeder, aber auch jeder Parteiversammlung mehr als herbe Kritik an dem Bonner Partei-Establishment hervorruft. Auf dem ausserordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg bekräftigte Helmut Schmidt, Fraktionsführer im Bundestag, die Haltung seiner Partei, man wolle die Abstimmung über die Zukunft der Rechtsradikalen dem mündigen Wähler am 28. September überlassen. Im übrigen, so hiess es aus der «Baracke», wolle man keine Märtyrer schaffen und hoffe darauf, dass die deutsche Öffentlichkeit aus der Geschichte des Tausendjährigen Reiches gelernt habe. Eine Haltung, die selbst engagiertesten Parteimitgliedern nicht einleuchten will, wenn man die Vergangenheit dieser demokratisch-sozialen Partei, die in der Geschichte um der eigenen Sauberkeit wegen ein so entschiedenes Nein zum Nationalsozialismus gesprochen hat, bedenkt.

Jetzt, den Wahltag vor Augen, wird man nervös. Die SPD ignoriert die Existenz der Rechtsradikalen, deren gehasster Erzfeind sie ist. Der 28. September bringt die für die bundesdeutsche Zukunft vielleicht entscheidendste Wahl. Umfragen haben ergeben, dass die NPD auf den notwendigen Bundesdurchschnitt von 5 Prozent kaum kommen dürfte. Doch ist

einem selbst bei nur geringer psychologischer Kenntnis klar, dass Wähler radikaler Gruppen sich scheuen, ihr Engagement, ihre Liebäugelei mit dem Radikalismus, einem Meinungsforscher anzuvertrauen. Im Wahllokal, in der Anonymität der demokratischen Abstimmung, ist man mit sich allein, wischt dann den «Bonner Lizenzparteien» sehr viel leichter eins aus!

Die CDU/CSU trägt also in ihrem Wahlkampf eine Dankesschuld an die NPD ab. Sie übt sich, vor allem in den bayrischen und seit jeher dem Nationalistischen gegenüber anfälligsten Regionen, in einer politischen Praxis, die man «Rechtsüberholen» nennt. In Wahlversammlungen von Franz Josef Strauss gewinnt man den Eindruck, das Recht-und-Ordnungs-Gebrüll der Nationaldemokraten sei nur eine leise Hintergrundmusik in Sachen Intoleranz gegenüber dem, was dort gesprochen wird, wo politische Gegner mit Tieren verglichen werden, auf die das deutsche Recht keine Anwendung finden dürfe.

Die Diskussion über diese unheilige Allianz zwischen Union und NPD im bundesdeutschen Wahlkampf wurde auch im Ausland entfacht, als der zweithöchste Mann im Staate, Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel, den Neonazis bescheinigte, gar nicht so schlimm zu sein, wie man gemeinhin denke. Solidarisch forderten daraufhin die Jugendorganisationen der im Bundestag vertretenen Parteien den Rücktritt des Mannes, der den deutschen Parlamentarismus nach solchen Äusserungen nicht mehr nach aussen hin vertreten dürfe. Nebenbei wolle man nicht wie die Generation der Väter in einen unsinnigen Krieg geschickt werden. Vertrete doch die NPD heute offen die «politische» Absicht, man müsse die Ostgebiete notfalls mit Waffengewalt zurückholen.

Die zweite Bombe in Bonns Ferienpolitik platzte, als ein Ludwigsburger Journalist sein Gedächtnisprotokoll über Gespräche mit dem Urlauber Kurt Georg Kiesinger veröffentlichte. Auch er, so heisst es unwidersprochen — Pressesprecher Diehl wandte sich vor der Bundespressekonferenz nur gegen das Wort «Interview» — sehe in der NPD keine Gefahr für die deutsche Demokratie. Mit diesem Gepäck als Belastung trat der Kanzler seine Wahlkampfreise nach Washington an. Belastung deshalb, weil die Welt weiss, dass Kiesinger keinen «Zwang» hatte, als junger Jurist der NSDAP beizutreten.

Die amerikanische Presse brachte Kiesinger dann dazu, seine Lobesworte für die um Recht und Ordnung besorgte NPD in ihren Zwischentönen etwas zu dämpfen. Und trotzdem: Für einen Bonner, der die Szene am Bildschirm verfolgte, war es mehr als peinlich, den Kanzler sagen zu hören, man müsse doch erst einmal abwarten, ob sich die NPD wirklich als faschistische Partei entwickle. Und das nach der Schlägerei, die sich die SS des Jahres 1969 in Frankfurt geleistet hat!

Die Unionsparteien mit dem Namen «Christlich» in der Firmenbezeichnung gehen weiter hausieren mit den Gemeinsamkeiten, die sie mit der NPD haben: Ostgebiete, russische «Untermenschen», deren Friedensfüh-

lern doch nur die naiven Amis und die Sozialdemokraten glaubten. Atomsperrvertrag, der zu einem Versailles von ungeheuren Ausmassen werde, ein Über-Morgenthau-Plan, wie es Konrad Adenauer noch vor seinem Tode formulierte . . . Die Abhängigkeit von den USA müsse aufhören. Wenn schon keine eigenen Atombomben, so doch wenigstens eine europäische Atomstreitmacht. Deswegen geben sich dann die introvertierten Politiker Strauss und Thadden geradezu europäisch für ein Vereinigtes Europa! Wirtschaftlich eine Rückkehr zur Autarkie. Besonders peinlich ist dabei für die CSU, dass Landwirtschaftsminister Höcherl und dessen «Bauernausverkauf an die EWG» aus den eigenen Reihen stammt. Keine Entwicklungshilfegelder mehr; die «verdammten» Neger erpressen Bonn ja nur.

Wahrheiten, Halbwahrheiten, Geschichtsfälschungen. In gefährlicher Mischung auf dem Lande vorgetragen, kann sie kaum jemand kontrollieren. Diesen Stil nun borgt sich die Union, vor allem die CSU in Bayern, von der NPD aus. Nimmt man die historische Rolle, die Bayern beim Aufkommen Hitlers («München, Stadt der Bewegung») gespielt hat, addiert die Ergebnisse der Landtagswahlen für die Braunen, so kann man, ohne Pessimist zu sein, die Zukunft der Bundesrepublik nur noch angebräunt sehen.

Nach dem Kriege haben viele Braune ihre persönliche Farbe unter dem politisch-religiösen Schwarz versteckt. Nun besteht die Gefahr, dass das Schwarz abblättert, das Braune hervorkehrt. Und nimmt man den Satz eines neutralen Schweizers auf der Bonner Szene, die CDU/CSU sei die beste NPD, die es je gab, so kann das zwar zur «Hoffnung» verleiten, die Christlichen würden in letzter Minute den Braunen doch noch Stimmen abfangen. Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass die Unionsparteien einen ideologischen Rechtsrutsch vollziehen müssen, der in jedem Fall das gefährden kann, was demokratische Kräfte in den 20 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik aufgebaut haben. Und Schwarzseher oder nicht: Schon heute ist es eine Tatsache, dass die SPD dabei den fast-nichts-dagegen-tuenden Statisten abgab!